

Mitte März stellte der Spitzenkandidat der spanischen Partido Popular, Pablo Casado, die Eckpunkte eines Gesetzespakets vor, mit dem er im Falle eines Wahlsiegs am 28. April das Problem der demografischen Überalterung angehen will. Schwangere Migrantinnen ohne legalen Aufenthaltsstatus sollen einen Aufschub ihrer Abschiebung erhalten, wenn sie ihre Kinder zur Adoption freigeben. Erst entbinden, dann ausreisen. Pablo Casado ist nicht irgendein Politiker, der Konservative hat gute Aussichten, der nächste spanische Regierungschef zu werden. Sein zynischer Vorschlag ist noch erstaunlicher, wenn man weiß, welch schreckliche Tradition sein Land mit verbrecherischen Adoptionen hat.

Rückblick ins Jahr 1982: Die spanische Zeitschrift *Interviú* veröffentlicht eine Reportage über den organisierten Kindesraub in einer Madrider Entbindungsklinik. Im Mittelpunkt steht das grausige Foto einer namenlosen Babyleiche, aufgenommen durch die geöffnete Tür eines Kühlfachs: Die Augen geschlossen, das Händchen verkrampft, liegt das tote Kind in eine Decke gewickelt im Halbdunkel. Auf dem Tuch vor dem Gesicht ist ein Blutfleck zu erkennen. Angestellte der Kinderklinik San Ramón führten 1982 den Fotografen Germán Gallego zu der Leiche des Neugeborenen – und es war nicht das einzige tiefgefrorene Kind, wie sich bei den Recherchen der Journalistin María Antonia Iglesias herausstellte. Über Jahre waren in der Madrider Klinik Babys nach der Geburt ihrer Mutter weggenommen und an kinderlose Eltern verkauft worden. Wenn eine Mutter nicht wahrhaben wollte, dass ihr eben noch quicklebendiges Baby gestorben sein sollte, ging eine der Schwestern in den Keller, taute den toten Babykörper auf und hielt ihn der ungläubigen Mutter zum Beweis hin. Anschließend kam die Babyleiche wieder in das Kühlfach.

Die Reportage benannte auch die beiden Verantwortlichen: die Nonne Sor María Valbuena vom Orden der Hijas de la Caridad und den leitenden Gynäkologen der Klinik, Dr. Eduardo Vela. Germán Gallego erinnert sich, dass er in den Tagen nach der Veröffentlichung mit Besuch von der Polizei rechnete, die seine Negative beschlagnahmte würde, aber es passierte: nichts. Kein Kommissar ermittelte, kein Staatsanwalt nahm sich des Falles an. Erst 2012 kam Sor María vor Gericht, auf Betreiben von Pilar Torres, einem der von ihr geraubten Kinder; es war die erste Klage, die vor spanischen Gerichten gegen eine der Täter zugelassen wurde. Aber bevor die Ordensschwester unter Eid hätte aussagen müssen, starb sie 2013 im Alter von 88 Jahren. Ein Jahr später wurde erstmals auch eine Klage gegen Eduardo Vela zugelassen. Als im Herbst des Jahres 2018 das Urteil fiel, ließ das Gericht an der Schuld des Arztes und seiner Beteiligung am Kindesraub keinen Zweifel. Weil die Taten des Gynäkologen aber verjährt waren, ging der 85-jährige Vela als freier Mann nach Hause.

Wie kann in unseren Zeiten ein offensichtlicher organisierter und mit eiserner Perfektion exekutierter Kindesraub im Zentrum einer europäischen Hauptstadt juristisch folgenlos bleiben? Und was hat dieses schreckliche Thema mit dem aktuellen spanischen Wahlkampf zu tun? Diese Fragen lassen sich nur beantworten, wenn man sich die historischen Hintergründe vor Augen führt und die schrecklichen ökonomischen Zusammenhänge.

1. Phase: Der ideologische Kindesraub des frühen Franquismus

Alles beginnt mit dem Spanischen Bürgerkrieg, dessen Ende sich am 1. April zum 80. Mal jährt. General Francisco Franco führte ihn als Weltanschauungskrieg, als »Kreuzzug« gegen die »Roten«: In seinen Augen verkörperte die Republik das Anti-Spanien, weshalb er alle Liberalen, Sozialisten, Kommunisten oder Anarchisten buchstäblich ausmerzen wollte. Nur so, das war seine Überzeugung, lasse sich der Volkskörper heilen.

Und General Franco machte wirklich Ernst: Schon in den ersten Kriegsmontaten metzelten seine Truppen vor allem im Süden Spaniens Zehntausende Zivilisten nieder. Der Historiker Francisco Espinosa Maestre spricht deshalb für diese ersten Kriegsmontate von einem Genozid im heutigen juristischen Sinne. Insgesamt fielen in den drei Kriegsjahren gut 100.000 Zivilisten den Säuberungen zum Opfer. Überall im Land entstanden Konzentrations- und Arbeitslager, in denen nach dem Krieg noch einmal etwa 150.000 Menschen starben, durch Hunger, Seuchen, Zwangsarbeit und Erschießungen.

In diesem Umfeld gerieten die Kinder von Eltern, die nicht eindeutig als Anhänger des neuen Regimes galten, in größte Gefahr. Verantwortlich dafür war eine heilige Allianz zwischen Wissenschaft, Militär und Kirche. Bereits 1938 hatte Antonio Vallejo Nágera, ein auch in Deutschland ausgebildeter Psychiater und Militärarzt, das Ohr des Diktators gefunden und ihm seine ganz eigene Rassenlehre nahegebracht: Der Marxismus, so erklärte er, sei eine erbliche Krankheit, die die Gesundheit der hispanischen Rasse gefährde. Seine Forschungen galten dem Zusammenhang zwischen »den biopsychischen Eigenschaften des Subjekts und dem demokratisch-kommunistischen politischen Fanatismus«.

So lieferte Vallejo Nágera dem Franquismus den wissenschaftlichen Überbau für die Auslöschung politischer Gegner: Die spanische Rasse könne nur überleben, wenn die von Natur aus böswilligen und debilen Marxisten sozial separiert

Der Schrecken der massenhaften Zwangsadoptionen von Säuglingen ist in Spanien längst noch nicht aufgearbeitet – und reicht in den aktuellen Wahlkampf hinein



Der spanische Diktator Francisco Franco (1892–1975) ordnete in seinem faschistischen Säuberungswahn auch den ideologischen Kindesraub an



Spitzenkandidat Pablo Casado schlägt im Wahlkampf 2019 vor, Migrantinnen könnten die Abschiebung aufschieben, wenn sie ihre Babys zur Adoption freigeben

Der Fluch der geraubten Kinder

VON ALBRECHT BUSCHMANN

und von ihren Nachkommen für immer getrennt würden.

Unterstützt von Franco, setzte Vallejo Nágera sein Projekt um: Kinder von inhaftierten »roten« Müttern wurden in Heimen unter falangistischer oder kirchlicher Leitung oder bei regimennahen Familien untergebracht. 1941 verabschiedete man ein Gesetz, das es erlaubte, republikanischen »Waisenkindern« neue Namen zu geben. So ließen sich die Spuren dieses eugenischen Programms bestens verwischen. Die Rettung der Menschenleben nahm Staat und Kirche weniger wichtig: Die Sterblichkeit in den Heimen lag im Schnitt bei über 30 Prozent.

Diese frühe Phase des organisierten Kindesraubs ist gut dokumentiert: Propagandafilme zeigen General Franco, wie er als Wohltäter vor langen Reihen blitzsauberer Kinderbetten posiert, Historiker haben seit 2001 die Akten der Frauengefängnisse aufgearbeitet. Aber erst im Jahr 2008 versuchte der Untersuchungsrichter Baltasar Garzón, international anerkannt durch seine Klage gegen den chilenischen Diktator Augusto Pinochet, diese Fälle aufzurollen. Seine Dokumente nennen die Zahl von 30.000 geraubten Kindern, andere Schätzungen gehen von etwa 50.000 Opfern aus. Doch Garzóns Klage wurde nicht nur nicht zugelassen, wenig später wurde er mit einem Berufsverbot kaltgestellt.

2. Phase: Von der Rettung der Rasse zur Rettung der Seelen

Mit Beginn des Kalten Krieges suchte das Franco-Regime die Unterstützung der USA; Weltanschauungskrieger wie Vallejo Nágera passten nun nicht mehr in die politische Landschaft. Doch damit endete der Kindesraub nicht, er erhielt nur eine neue ideologische Rahmung: Seit den 1950er-Jahren ging es unter katholischen Vorzeichen angeblich nur noch um das Seelenheil – und um Geld. Die Räume der Gewalt waren nicht mehr Frauengefängnisse und Waisenhäuser, sondern die Entbindungskliniken, die im klerofaschistischen Spanien unter kirchlicher Leitung standen. Ungewollt

kinderlose Paare konnten sich mit ihrem Kinderwunsch nur hierher wenden und informell bei den Oberschwestern nachfragen. Die versprochen dann zur Adoption freigegebene Kinder von mittellosen oder »gefallenen« Frauen. Doch die Nachfrage überstieg das Angebot. Um den Bedarf zu decken, wurde auf die zuvor eingeübte Praxis zurückgegriffen, Müttern aus niedrigen sozialen Schichten die Neugeborenen einfach wegzunehmen. Statt ihres Säuglings bekamen sie nach der Narkose die Auskunft, er sei kurz nach der Geburt gestorben. Vor allem vor Weihnachten häuften sich solche »Todesfälle«: Die Adoptiveltern wünschten sich eben bevorzugt Kinder zum Advent.

Über die Jahre entstanden Netzwerke, die notleidende junge Frauen mit falschen Versprechungen schon in einer frühen Phase der Schwangerschaft in Apartments nahe den Kliniken lockten, wo sie auch medizinisch versorgt wurden. Die Frauen ahnten nichts von den wahren Absichten der angeblichen Wohltäter. Die letzten Schritte erledigten die entbindenden Ärzte, die falsche Todes- und Geburtsscheine ausstellten, sowie eingeweihte Verwaltungsbeamte und Anwälte, damit alle Dokumente für die neuen Eltern sauber waren. Für ihre Bemühungen erbaten die Ordensschwester einen »Obolus« für ihr Haus. Die Einnahmen aus diesem florierenden Geschäft teilten sich Kirche, Mediziner und Juristen.

3. Phase: Das Geschäft geht weiter

Diese Praxis endete auch nicht mit dem Tod des Diktators und den ersten demokratischen Wahlen 1978. Über diese dritte Phase, den Kindesraub im demokratischen Spanien, ist besonders wenig bekannt. Der letzte dokumentierte Fall stammt aus dem Jahr 1992. Die Schätzungen über die Zahl der Fälle nur seit den 1950er-Jahren schwanken zwischen 100.000 und 300.000. Etwa 6000 Betroffene haben sich in den letzten Jahren in NGOs organisiert und kämpfen seitdem um ihr Recht auf Auskunft und Entschädigung. Konservative Kritiker werfen ihnen vor, damit den gesellschaftlichen

Frieden zu gefährden, und sprechen von höchstens 30.000 Fällen. Was immer noch 750 geraubte Kinder pro Jahr wären.

Abgesehen von der Monstrosität des Verbrechens selbst schockiert der Mangel an Empathie, mit dem Politik und Zivilgesellschaft auch nach Francos Tod auf die Hinweise zum organisierten Kindesraub reagierten. Oder besser gesagt nicht reagierten. Erst Dokumentationen wie die des Historikers Ricard Vinyes (*Irridentas*, 2002) oder der Roman *Mala gente que camina* (2006) von Benjamín Prado brachten das Thema endlich ausführlicher zur Sprache.

Seitdem wird überhaupt erst öffentlich über den Skandal diskutiert. Doch die Fronten sind verworren und verlaufen entlang politischer, kulturwissenschaftlicher und nicht zuletzt sozialer Linien. In der politischen Debatte sind es vor allem Vertreter des rechten Spektrums, die den Dialog verweigern. Nach ihrer Lesart bildet die Generalamnestie aus dem Jahr 1977 die Grundlage der spanischen Demokratie; Taten aus Zeiten des Franquismus seien nicht mehr justiziabel. Für diese Fraktion gilt: Über die alten Geschichten redet man nicht. Dass noch bis 1992 weitergeraubt wurde, übergeht man stillschweigend. Verschweigen und vergessen: Dieses Mantra dominierte bis in die Nullerjahre.

Heute aber wollen die Opfer nicht mehr schweigen. Gestützt auf kulturwissenschaftliche Studien – die Arbeiten der Friedenspreisträger Jan und Aleida Assmann spielen hier eine gewichtige Rolle –, argumentieren sie, dass eine Gesellschaft kollektive traumatische Erfahrungen nur überwinden könne, wenn sie sich ihnen stellt. Wie tief auch die sozialen Gräben zwischen den Lagern sind, kann man in den Fernsehberichten oder Dokumentarfilmen zu diesem Thema studieren: Schon an der Kleidung ist zu erkennen, dass die Opfer aus der Unter- und Mittelschicht kommen, während sich die Täter gern in feinem Tuch abbilden lassen. Die Aufarbeitung dieses Themas hat in Spanien eine Menge mit dem Kampf der Klassen zu tun und ganz konkret auch mit der seit der Wirtschaftskrise 2008 bestehenden Sparpolitik,

deren Folgen vor allem die sozial Schwachen zu tragen haben. Durchgesetzt wurde sie von der konservativen Regierung Rajoy, dessen Partido Popular aus Francos Einheitspartei hervorgegangen war und die derzeit den Schulterschluss mit Vox sucht, einer neuen rechtsradikalen Partei. Festgezurrte Feindbilder, wohin man blickt: Für die einen sind die Kläger von heute einfach nur linke Störenfriede – und für die anderen sind ihre Widersacher »die da oben«.

Seit den 1950er-Jahren war der Kindesraub ein zunehmend lukratives Geschäft für alle beteiligten Täter. Der »Obolus« für ein Kind lag zwischen 1500 und 5000 Euro. Auch hier gibt es mangels offizieller Untersuchungen keine gesicherten Zahlen. Ab den 1960er-Jahren habe man für eine Adoption, so die Rechnung der NGOs, etwa so viel zahlen müssen wie für ein kleines Apartment in Madrid; den Gewinn teilten sich die Orden als Träger der Kliniken mit Ärzten und Anwälten. Die ökonomischen Dimensionen des Verbrechens sind schwindelerregend: Es dürften Hunderte Millionen Euro gewesen sein, die hier verdient wurden. Doch jenseits der Überlegung, wohin das Geld aus den schwarzen Kassen der Ordensschwester geflossen ist und an wen es zurückzahlen wäre, bleibt die Frage, wie teuer der Schmerz ist, ein Baby zu verlieren. Die Erzählungen der Opfer über ihr Familienleben sind gezeichnet von Lüge und Verrat, Misstrauen und Entfremdung, gescheiterten Partnerschaften und psychischen Störungen.

Von den Tätern können nur noch wenige persönlich haftbar gemacht werden, aber die Institution, in deren Schoß das Geschäft organisiert wurde, ist noch da: die katholische Kirche. Mit der Frage nach ihrer Schuld stellt sich auch die nach der Entschädigung der Opfer – was selbst die wohlhabende spanische Kirche schreckt: Eine ernsthafte juristische Aufklärung könnte ihr größte Probleme bereiten. Was erklärt, warum der Klerus jede Kooperation bei der Aufklärung verweigert, bei Anfragen mauert und immer nur zugibt, was nicht zu leugnen ist. Wer bei einer der 175 Kliniken, in denen das Geschäft betrieben wurde, anfragte, tat das fast immer vergeblich: Geburtsregister waren mal bei einem Brand zerstört worden, mal bei einem Wasserschaden, mal leider unfindbar. Wer es dennoch schaffte, eine Klageschrift zu begründen, den wiesen die Gerichte häufig ab. Besonders grotesk zeigte sich dies im Fall von María Ascensión López: Die heute 55-jährige Frau aus Almería klagte 2013 gegen die Nonne Dolores Baena, weil sie von ihr einst für 250.000 Peseten verkauft worden sei. Die Klage wurde abgewiesen. Im Gegenzug klagte die Nonne wegen Rufschädigung und bekam umgehend recht: Insgesamt 43.000 Euro soll María Ascensión López zahlen. Damit ist ausgerechnet ein Opfer die erste Person, die im Zusammenhang mit organisiertem Kindesraub rechtskräftig verurteilt wurde. Weil sie die Summe nicht zahlen kann, könnte sie auch die Erste sein, die dafür ins Gefängnis geht; derzeit ist ihr Haftantritt ausgesetzt.

Erst Ende 2018 nahm sich die Politik tatsächlich des Skandals an: Im spanischen Parlament wurde der Gesetzentwurf für ein »Ley sobre bebés robados« eingebracht, das eine eigene Staatsanwaltschaft vorsieht, ebenso eine zentrale DNA-Datenbank; Anfragen von Opfern an Ämter und Krankenhäuser müssten künftig binnen drei Monaten beantwortet werden. Doch die Initiative geht von der Minderheitsregierung des Sozialisten Pedro Sánchez aus, der jetzt Neuwahlen ansetzen musste. Sollten die Parteien rechts der Mitte eine Mehrheit bekommen, wird das »Ley sobre bebés robados« wohl nicht verabschiedet werden.

Bis zum heutigen Tag wurde in Spanien kein Arzt, der Geburtsunterlagen fälschte, kein Anwalt, der falsche Geburtsdokumente ausstellte, und



keine Ordensschwester, die Kinder raubte, rechtskräftig verurteilt. Dieser Mangel an verantwortungsbewusstem Umgang mit der eigenen Geschichte könnte eine zynische Erklärung sein, warum Pablo Casado, Spitzenpolitiker einer christlichen Volkspartei, heute auf die Idee kommen kann, rechtlosen Migrantinnen die Kinder wegzunehmen.

Albrecht Buschmann ist Literaturwissenschaftler und lehrt an der Universität Rostock